

Alle monatlich bei zweimonatlicher... 25.50 M., durch die Post monatl. 26.25 M., vierteljährlich 24.75 M. einsch. Zustellungsgebühr. Be-

Volks-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 spaltenre 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 22 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtlich Anzeigenvermittler. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftszeiten und Hauptgeschäftsstellen: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braunschweig, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 404.

Halle, Dienstag, den 30. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Ishius Bericht im Völkerbundsrate.

Endlich!

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der staatlichen Ordnung und Sicherheit bedeutet erneut das Befreiende des Weges des Ausnahmerechts. Und doch war diese Verordnung bitter notwendig geworden. Man hatte allgemein geglaubt, der abschließende Akt an Erzberger würde alle Kreise des Volkes zum Umwenden und Umschwanken veranlassen. Anstatt dessen entzündeten sich jene Preskorporate, die die eigentlich Schuldigen an dem Morde genannt werden müßten, nicht, den Mord zu eskalibrieren und als die feststehende Tatsache von der Welt hinzustellen. Die Regierung würde ihre Pflichten außerordentlich vernachlässigen, wenn sie dieses gewissenlose Treiben weiterhin ruhig gewähren ließ. In inhumaner Weise ist der Hof gegen die republikanische Staatsform und die Verachtung gegenüber der Verfassung groß gezogen worden. Man hat sich nicht geteigt, offen zum Mord aufzufordern, und leider muß es gesagt werden, daß in solchen Fällen die Strafen in einem gerade peinlichen Mißverhältnis zur Straftat standen. Denn schließlich hat die Ermordung Erzbergers doch gezeigt, daß es sich bei solchen Auforderungen nicht nur um eine Entgeißelung des Ausdrucks handelt, sondern um die Erzeugung einer Vorgommittung, die zu schrecklichen Verbrechen geführt hat. Die Reichsregierung kann sich nicht damit begnügen, daß nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, sich auch ein Teil der rechtsbolschewistischen Kreise bereithalten läßt, ein fälsches Beuquern auszusprechen. Denn in gleichem Tone wie früher wird in der Hege fortgefahren. Wir sind erliche und rückhaltlose Anhänger der Pressefreiheit. Aber das Amt des Journalisten ist so verantwortungsvoll, die Reichsweite seines Einflusses so ungeheuer, daß in einer unheilswangeren Zeit eine verantwortungsbewußte Reichsleitung unter keinen Umständen eine Pressefreiheit bilden kann, wie sie sich jetzt in der rechtsbolschewistischen Presse breiten konnte. Hat doch in der Gegenwart, in der Erzberger den Märtyrertitel zum Opfer fiel, ein deutschnationales Mitteln ein Gedicht abgedruckt, dessen Schluszeilen lauten:

Ankalt ab den Walter Rathenau Die nott-verkürzte Tubenan.

Gerade die Hege gegen Rathenau hat in letzter Zeit fast den gleichen verdrücklichen Ton angenommen wie die Hege gegen Erzberger. Dabei muß doch einmal offen ausgesprochen werden, daß Walter Rathenau sich in der ungenüßigsten Weise in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat. Er gab eine allmähliche Privatposition auf, deren Beziehung mit seinem Ministerposten gar keinen Vergleich ausschließt. Seine politischen Erfolge sind in der kurzen Zeit seines Wirkens außerordentlich groß und nur wer die Fähigkeit der Franzosen im Fördern kennt, weiß, wie viel ihnen Walter Rathenau in unendlich mühseligen Verhandlungen im Interesse seines Vaterlandes abgerungen hat. Nichts, aber auch gar nichts können ihm die deutschen Nationen im Wege zum Fortschritt machen. Die Tatsache, daß er Tode ist, genügt diesen californischen Erfindungen, um auch gegen ihn eine Atmosphäre zu erzeugen, die nur allzu leicht ununterstützten Wirkspüren den Revolver in die Hand drücken kann.

Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich gegen alle journalistischen und rednerischen Ausschreitungen. Selbstverständlich trifft sie auch die Kommunisten. Denn in dem Hof gegen die deutsche Republik und die Weimarer Verfassung weiteten die Bolschewisten von rechts und links miteinander. Um jeder Willkür vorzubeugen, richtet die Reichsregierung einen Ausschuss als Behörde ein, der alle Beschwerden gegen Zeitungsverbote und Beschlagnahmen entscheidet. Die Geld- und Gefängnisstrafen sind, wie es die Umstände gebieten, recht kräftig. Aber ohne diese Freiheiten würde in dieser Zeit nicht auskommen sein. Der Aufruf der Reichsregierung bildet gewissermaßen den Kommentar zu der Verordnung. Wenn darin gesagt wird, daß augenblicklich die Führer der Bewegung die Zeit für gekommen halten, ihre Ziele nicht mehr zu verfehlern, so muß man dem rückhaltlos zustimmen. Hat doch jüngst in München ein Dr. Buttman ungeniert erklärt, die bayerischen Monarchisten würden sich über die Befehle und Schwierigkeiten der Wiedererrichtung der Monarchie demnächst hinwegsetzen. Andere Kreise sind freilich etwas vorsichtiger. Ihre Methode ist aber darum nicht weniger verwerflich. Die ganzen Kundgebungen, "vaterländischer Art" waren in der letzten Zeit nichts anderes als verkappte chauvinistische Parteiveranstaltungen. Man ließ zu "Selbstgedächtnisfeier" an, aber die Redner gedachten mit keinem Worte der gefallenen Helden, sondern entsetzten gegen die Regierung eine wilde Hege. General von der Goltz benutzte den Anlaß, um die Reichswehr gegen den Reichswahrminister aufzuschaalen. Besonders wichtig ist es auch, daß die Regierung sich einmal die verschiedenen Organisationen ansieht. Der Aufruf der Reichsregierung bricht von Organisationen, Vereinen und Persönlichkeiten, die neben den Parteien den Hof gegen die demokratische-republikanische Staatsform legen und offen zur Verachtung der Verfassung und Übertretung der Gesetze auffordern. Man kann selber nicht leugnen, daß die Umfänger von rechts und links sich wieder einmal den ungeeigneten

Moment für ihre Umfängerherausgefühlt haben. Die Erfüllung des Ultimatus erfordert alle wertvollen Kräfte des Volkes zum Wiederaufbau. Nur wenn durch den restlosen Einfluß aller Kräfte die Unmöglichkeit der Erfüllung dem Auslande sinnfällig dargetan wird, kann die Wüßerung der Pariser Stipulationen erreicht werden. Aber es scheint, daß jene Unglücksfortunaten nur das eine Ziel kennen, die Gefundung des Vaterlandes unter allen Umständen hintenan zu halten. Das kann die Regierung nicht ertragen, im heiligsten Volkswort muß sie, wie der Aufruf sehr richtig sagt, "mit harter Hand diesen Kreisen teils gewissenloser, teils verblendeter Elemente entgegen-treten". Late sie es nicht, so würde sie jene Pflichten verletzen, die sie gegenüber dem Vaterlande und der Volksgutkunst hat.

Die Ausführungsbestimmungen zu den Aoterlass.

Was dem preußischen Ministerium des Innern hören wir, daß heute, Dienstag, um 12 Uhr, vom Reichsministerium des Innern dem Reichsrat die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August vorgelegt wurden. Inmittenbar nach Erlass dieser Bestimmungen werden vom preußischen Ministerium des Innern mit allem Nachdruck die Maßnahmen ergreifen werden, die zur Ausführung dieser Bestimmungen notwendig sind.

Gewerkschaften und innere Politik.

Gestern nachmittag fand, wie schon kurz gemeldet, im Reichskanzlerbau eine Beratschung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände und des Aa-Bundes mit dem Reichsminister. Die Vertreter der Gewerkschaften wies auf den durch die jüngste Wochentätigkeit bedingten Charakter der politischen Situation hin und forderte die in den Reihen der Arbeitnehmerschaft vorhandene feste Beunruhigung. Die gewerkschaftlichen Vertreter erklärten ausdrücklich, daß die hinter ihnen stehenden 11 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten mitens seien, sich zum Schutze der demokratischen Republik der Regierung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. Der Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgebrachten Vorschläge teils. Es sei daher bereits eine Verordnung erlassen, die geeignet sein dürfte, den besorgten Mißständen nachdrücklich zu Leibe zu gehen. Er begrüßte es, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich in so entschiedener Weise hinter die Regierung stellen wollten, um sie bei der Sicherung der Republik nachdrücklich zu unterstützen. Wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, die auch er für wünschenswert halte, sei mit den betreffenden Ländern in Verbindung zu treten. Die hinsichtlich der Rechtsprechung gegebenen Anregungen würden Gegenstand einer bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahme sein. Der Deutsche Beamtenbund ist gleichfalls mit den gewerkschaftlichen Episkoporganisationen in Fühlung getreten und hat erklärt, daß er jeden politischen Kampf als in sich schließend verurteilt und von der Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Enttaffung der politischen Atmosphäre erwartet. Auch der Deutsche Beamtenbund ist bereit, die Verfassung gegen jeden gewalttätigen Angriff mit allen Mitteln zu schützen.

Auf der Suche nach dem Mörder Erzbergers.

Berlin, 29. August. Wie das Berliner Polizeipräsidium mitteilt, haben die Ermittlungen zur Aufdeckung des Mordes an Erzberger sich u. a. auf die Veron des ehemaligen Fähnrichs von Firschild bezieht, der wegen seines Attentats auf Erzberger eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren im Zellege Gefängnis verbüßt. Wegen angeblicher Freundschaft war er am 27. April 1921 auf vier Monate aus dem Gefängnis beurlaubt worden. Da er am Sonntag, den 27. August, sich noch nicht im Gefängnis zur weiteren Strafverbüßung gemeldet hatte, nahm die Polizei die Ermittlungen nach keinem Verbleib sofort auf und stellte fest, daß er sich mit seinen Eltern im Dorfe Altmich bei Naumburg aufhalten sollte. Nach Mitteilung des Naumburger Landrats befinden sich in Altmich nur die Eltern des Firschild, die von dem Verbleib ihres Sohnes seit dem 9. August nichts wissen wollten. Da diese Angabe ungenüßig erschien, und zumal es der Berliner Polizei bekannt war, daß die Mutter des Firschild in dem Plan des früheren Attentats ihres Sohnes vorher eingeweiht gewesen war, sind gestern Beamte nach Altmich entsandt worden, um die Eltern des Firschild dem Berliner Polizeipräsidium zur sofortigen Vernehmung vorzuführen.

Ein Aufruf der Zentrumsparthei.

Im Anlaß an den Katholizentag fand gestern eine Sondersitzung der in Frankfurt amenden Vorstände der Deutschen Zentrumsparthei und der Reichstagsfraktion statt, worin folgender Aufruf beschlossen wurde:

Mitglieder der Zentrumsparthei!

Der Abg. Erzberger fiel einem ruchlosen Mordanschlag zum Opfer. Tief erschüttert steht die Zentrumsparthei an seiner Bahre,

War doch sein ganzes Leben, seine Jugendkraft wie sein Vammesalter, dem Dienste der Partei gewidmet. Wenige Arbeten so rafflos und so hingebend im öffentlichen Leben wie er. Erzberger fand im Vorbergrunde des politischen Kampfes. Und wie ist dieser Kampf gegen ihn geführt worden? Nicht mit erlichen Waffen - mit lebensschädlichem Gift, auch mit Zug und Verleumdung wurde die öffentliche Meinung vergiftet, und das Ergebnis ist der gemeine Mord. Und die Folge für unser gelamtes Volk? Vermählung der politischen Sitten, Verfall jeder Ordnung und aufreißender Bürgerkrieg.

Wir neuzeitlichen jegliche Gewalt im Kampfe der politischen Meinungen, komme sie von rechts oder links. Wir verdammen den politischen Mord. Wir warnen und beschwören unser gelamtes Volk: Laßt ab von allen politischen Leidenschaft von aller persönlichen Verhöhnung! Kommt dem Geiste, der solche Gräueltat begeht! Wer es gut mit unserem Volke meint, der bewahre es vor inneren Erschütterungen, der trete ehrlich auf den Boden der Verfassung, die das deutsche Volk und alle seine Stämme in freier Selbstbestimmung sich gab. Für Verfassungskämpfe ist heute weniger Raum denn je. Aufbauende Arbeit ist der Wahlprüf der Parteifreunde! Das Grab Erzbergers darf sich nicht schließen, ohne daß ich in maßvollen Kundgebungen diesem Gedanken Ausdruck gebe. Trete zusammen in allen deutschen Gauen, um laut und feierlich Verwahrung gegen jeden Kampf mit vergifteten Waffen, gegen verhängnisvolle Meinungsverhöhnung, gegen jegliche Gewalttat! Gelobet einhellig, treu zu stehen zur Ordnung und Verfassung eingebend unteres alten Wahlspruches: Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Die Vorstände der Deutschen Zentrumsparthei und der Zentrumsfraktion des Reichstages. Dr. Borchs, Stegerwald, Hedwig Dransfeld, Beder, Arnberg.

Die Oberschlesien-Sitzung des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat trat gestern nachmittag zu seiner ersten Beratung über die obereschlesische Frage zusammen. Sämtliche Mitgliedsstaaten waren anwesend, die vier künftigen: Japan, Sankt-Louis, England, Bourgeois, Frankreich und Imperial-Italien sowie die vier nichtaktiven: Welington, Koo-China, Quinones de Leon, Spanien, die Chuna-Brasilien und Guymanas-Belgien. Der Generalsekretär des Völkerbunds Sir Erik Drummond und zahlreiche Beamte nahmen an der Sitzung teil, die wie fast alle Völkerbundsitzungen nicht öffentlich war. Ishii präsierte und verlas seinen Bericht über die obereschlesische Frage.

Der Bericht Ishius.

einmütig zunächst an die Texte, auf die die Rat führen müßte, wenn er die ihm angebotene Aufgabe übernehme, nämlich Artikel 12 § 2 der Völkerbundscharta, wonach jedes Mitglied des Völkerbunds das Recht hat, die Aumerksamkeit der Versammlung auf jeden Umstand zu lenken, der geeignet sei, die internationalen Beziehungen zu trüben oder den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Staaten zu stören. Die jüngsten Umstände in Oberschlesien beweisen, daß die Regelung im Interesse des Friedens das gute Einvernehmen zwischen den Nationen dringend notwendig macht. Weiter führt sich Ishii auf den Brief Briands vom 12. August, der den Vorschlag für die Lösung, die die allierten und assoziierten Mächte treffen sollen, verlangt, endlich auf Artikel 87 und 88 des Verfallter Vertrages, wonach die allierten und assoziierten Mächte das Recht haben, den endgültigen Beschluß über die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien zu fassen. Die Aufgabe des Völkerbundsrates bestche allein darin, den Beschluß an Obersten Rat vertretenen Mächten den Vorschlag zu machen, aber die Mächte selbst haben allein den endgültigen Beschluß zu treffen. Ishii teilte mit, daß Briand in der Note vom 24. August an den Präsidenten des Völkerbunds erklärte, daß jede im Obersten Rat vertretene Regierung sich feierlich verpflichtet habe, die vom Völkerbundsrat empfohlene Lösung anzunehmen. Unter diesen Umständen erklärt Ishii, hat der Rat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm übertragene Aufgabe anzunehmen. Ishii prüft darauf die Frage, ob es sich um die Entscheidung über das Schicksal des gelamten obereschlesischen Gebietes oder um die Aufstellung der Grenze handle. Der Bericht untersticht dann das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien, das, wie es wörtlich heißt, leider nicht verachtet ist, daß die Wünsche der Bevölkerung unberücksichtigt sind. Auch lasse die geographische und wirtschaftliche Lage der Ostschlesien keine Entscheidung über die Grenze zu.

Die Abstimmung zeigte, daß im allgemeinen in den nördlichen Grenzgebieten, vor allem in den landwirtschaftlichen Bezirken sich eine große Mehrheit für Deutschland ergab, während in anderen Gegenden im Süden die Mehrheit der Stimmen Polen zufließt. Im Zentrum und Osten sei in ausgedehnten Gebieten das Ergebnis gleich verzwirt. In den Gebieten der metallurgischen und chemischen Industrie und der Kohlen, Zinn- und Eisenminen habe sich die Mehrheit der Gemeinden für Polen ausgesprochen, aber in wichtigen Städten habe Deutschland bedeutende Mehrheiten erhalten. Diese Städte seien aber von Gemeinden mit polnischer Mehrheit umgeben und mit gewissen unentbehrlichen Rohstoffen von mehr oder weniger

